

■ MICHAEL LEMKE

Zum System der Einwirkung der SED auf die SPD in den Jahren 1949 bis 1969. Grundlinien, Methoden, Feindbilder

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen SED und SPD, insbesondere die kommunistische Politik gegenüber den Sozialdemokraten nach 1949, ist ein Stück deutsch-deutscher Aufeinanderbezogenheit, gleichzeitig aber auch Teil deutscher Zeitgeschichte seit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Denn für die Abhandlung des Themas ist relevant, daß sowohl das Bild der SED-Führung von der SPD wesentlich vor 1933 ausgeprägt worden war, als auch die Politik der stalinistischen KPD in der Weimarer Republik – trotz Einheitsbeschwörungen und plakativ gezogener „Lehren aus der Geschichte“ nach 1945 – die Beziehungen zur Sozialdemokratie normierend tangierte. So zeitigten z. B. die gegen die SPD gerichteten alten Verrats- und Sozialfaschismus-Legenden auch nach dem Zweiten Weltkrieg Wirkung. Ebenso gingen die fragwürdigen kommunistischen Bündnis- und Volksfrontvorstellungen der Zeit vor 1945 in die Nachkriegspolitik der SED und der bis 1956 legalen KPD ein. Nach der im Frühjahr 1946 in der Ostzone im Prinzip erzwungenen Vereinigung von SPD und KPD zur SED, viel mehr aber noch nach der Metamorphose der SED zu einer den Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“ führenden stalinistischen „Partei neuen Typus“, war für viele Sozialdemokraten der Traum von der „Einheit der Arbeiterklasse“ ausgeträumt.¹ SED und SPD entwickelten sich – beide unter den Bedingungen des Kalten Kriegs und des Ost-West-Konflikts – gegensätzlich: die sich im alleinigen Besitz der Wahrheit wählende stalinistische Staatspartei zum Hauptträger einer kommunistischen Diktatur, die SPD zu einer staatserhaltenden demokratischen Arbeiter-, später Volkspartei.

Doch solche Verallgemeinerungen tragen die Tendenz des Vergröberns in sich. So sind – wenigstens auf den ersten Blick – bis über die Mitte der fünfziger Jahre hinausgehende politische Gemeinsamkeiten oder doch Berührungspunkte zwischen beiden sich grundsätzlich voneinander unterscheidenden Parteien ausmachbar: Ablehnung der konkreten Westintegration und der westdeutschen Wiederbewaffnung, Eintreten für kollektive Sicherheitssysteme, für entmilitarisierte Räume in Mitteleuropa, für

¹ Vgl. hierzu F. Moraw: *Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie*, Bonn 1990.

Abrüstung und anderes mehr. Doch schon auf den zweiten Blick zeigten sich bereits damals die unterschiedlichen, ja entgegengesetzten Absichten und Ziele von SPD und SED. Sie verkörperten zwei Welten, die nicht in Einklang zu bringen waren: Die Schikanen der deutschen Kommunisten gegen andersdenkende Sozialdemokraten blieben unvergessen; prinzipielle politische und weltanschauliche Gegensätze, das Pro und Contra in der alles entscheidenden Frage demokratisch-parlamentarischer Entwicklung und freier Wahlen waren unauflösbar. Kurz: Die Ablehnung der Außen-, Integrations- und Deutschlandpolitik Konrad Adenauers (dessen Prinzipien des Umgangs mit der SED-Herrschaft man teilte) bedeutete für die SPD kein Votum für die Deutschland- oder jede andere Politik der SED. Gespräche mit dieser lehnte sie nicht nur konsequent ab; sie führte einen politischen Kampf gegen das Regime der Einheitspartei.² Deren Führung – immer im Rahmen sowjetischer Ziele und Interessen handelnd – hielt den plakativ anmutenden Anspruch auf die Schaffung einer in jeder Hinsicht illusionären „Einheit“ bzw. Aktionseinheit der „deutschen Arbeiterklasse“ aufrecht. Dies war keineswegs nur ein ideologisches Postulat. Wollte die SED nach 1949 ihr Ziel der Einheit Deutschlands erreichen – was nichts anderes hieß, als die Verhältnisse in Westdeutschland nach dem Modell DDR zu verändern –, wollte sie in der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzung auf deutschem Boden überhaupt Positionsvorteile erlangen, mußte sie dabei konzeptionell von einer Gewinnung der Sozialdemokratie ausgehen.

Dies schien nach 1949 zum einen erfolgversprechend, weil sich die SPD deutschland- und außenpolitisch z. T. in fundamentaler Opposition zum westdeutschen Regierungskurs befand, zum anderen, weil die SED – innenpolitisch ohne den erwünschten Erfolg und nach außen weitgehend isoliert – die Chance sah, das von der Bundesregierung nicht bzw. unterbesetzte wiedervereinigungspolitische Feld zu belegen und sich auch in den Augen der SPD der nationalen Sache auf eine überzeugende Art anzunehmen. Dem Politbüro war klar, daß das Verhältnis zur Sozialdemokratie Westdeutschlands die Frage eigener innerer Akzeptanz wesentlich berührte, daß aber die Stärkung und Konsolidierung der inneren Verhältnisse der DDR – von Anfang an als Hauptweg und tragende Säule ihrer ganz Deutschland beanspruchten-

² Die SPD – Fritz Heine sollte es auf dem Stuttgarter Parteitag der SPD im Mai 1958 noch einmal explizit ausführen – fühlte sich als die erste und auch lange Zeit einzige westdeutsche Partei, „die den Kampf gegen das sowjetische Regime auf deutschem Boden führe“. Koordinationszentrum verschiedener z. T. verdeckter Aktionen war ihr Ostbüro. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Zentrales Parteiarchiv der SED (DY 30), IV 2/1002/132, Bl. 78. Vgl. dazu W. Buschfort: Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise, München 1991.

den Wiedervereinigungspolitik begriffen – allein die SED nicht zum Ziel führen würden. Exakt hier setzte der Widerspruch zwischen den speziell deutschlandpolitischen Zielen der SED und ihrer praktischen Politik, genauer zwischen den gestellten Aufgaben und den Modi ihrer Realisierung, ein. Die SED warb um eine SPD, die sie gleichzeitig ideologisch als Gegner betrachtete, politisch in vielem bekämpfte und auch verachtete. Dieser Akt – für das Entstehen einer ausgeprägten politischen Schizophrenie bestens geeignet – schied durch ein differenzierendes Verständnis von der SPD möglich zu werden: Hier die „verräterische“ Führung der Sozialdemokratie, da die „klassenbewußten“ Mitglieder und patriotischen (kleineren) Funktionäre – so redete man es sich in der SED ein.

Dieser intellektuellen Operation lag (traditionelles) Wunschdenken zugrunde, wengleich sie auch einen Ansatz für ein politisches Programm bot, nämlich die Führung der SPD, verweigerte sie sich den Vorstellungen der SED, von ihrer Basis her unter Druck zu setzen, sie gegebenenfalls von dieser zu isolieren.

1. Voraussetzungen, Grundlinien und Tendenzen der Einwirkung

Das kommunistische Bild von der SPD wurde auch stark von sowjetischen Urteilen über die deutsche Sozialdemokratie der Nachkriegszeit geprägt. Die sowjetischen Einschätzungen waren zu jeder Zeit der marxistisch-leninistischen Ideologie verbunden, was ihnen prinzipiell einen negativen Grundton verlieh. Doch blieben bewertende Urteile nicht konstant. Sie wurden nicht nur von leninistischer Dogmatik bestimmt, sondern auch von pragmatischer Politik. Veränderungen des sowjetischen Bildes von der SPD konnten einmal mehr ideologisch, ein anderes Mal stärker tagespolitisch-pragmatisch begründet sein. Die sowjetische Position gegenüber der SPD entschied im wesentlichen auch den Kurs der SED gegenüber den westdeutschen Sozialdemokraten. So war es der XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956, der eine taktische Kurskorrektur in der Politik der SED gegenüber der SPD einleitete.³ Die positivere Bewertung der deutschen Sozialdemokraten durch Moskau setzte sich fort, als sie sich z. B. 1958 zu Abrüstungsvorschlägen der Sowjetunion und zum Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zustimmend äußerten.⁴ Die Sowjetunion nötigte die Führung der SED im Frühjahr 1959 zur Rücknahme ihrer negativen

³ Entwurf einer Vorlage der Westkommission für das Politbüro der SED, Mai/Juni 1956, in: SAPMO-BArch., DY 30, IV 2/1002/105, Bl. 162.

⁴ Vgl. Schreiben des ZK der KPdSU an den Parteivorstand der SPD, 24. April 1958, in: ebd., I IV 2/202/89.

Einschätzung des SPD-Deutschlandplanes, der zunächst als „konterrevolutionär“⁵ bezeichnet worden war. Nach dem unverzüglichen sowjetischen Einspruch hieß es, die Vorschläge seien „progressiv“ und bestens geeignet, „die Gegensätze zwischen SPD und CDU zu verschärfen.“⁶ In der Zeit vom Mauerbau bis zum Ende der sechziger Jahre wurde die SED-Politik von einer dann wieder negativen Beurteilung der SPD durch die KPdSU bestimmt, die in der westdeutschen Sozialdemokratie einen „alten Gaul“ sah, „der eigentlich [...] zum Schinder geschickt werden müßte.“⁷

Das Politbüro der SED handelte im Rahmen sowjetischer Direktiven, besaß aber in der Frage der Gestaltung des Verhältnisses zur SPD operative Freiräume. Mit dem Paradigmenwechsel vom Ziel der Einheit Deutschlands zum eigenstaatlichen Weg der DDR als aktuelle Aufgabe und zur damit verbundenen völkerrechtlichen Anerkennung wurde der SPD bei der angestrebten Durchbrechung von Alleinvertretungsanspruch und Hallsteindoktrin eine wichtige Rolle zugemessen. Über die SPD sollte eine allmähliche Aufwertung der DDR herbeigeführt werden. Die SPD sei in Westdeutschland „die weichste Stelle“, meinte Politbüromitglied Hermann Matern im Oktober 1956. In dem Moment, „wo es uns gelingt, mit der Führung der SPD zu verhandeln, geht unten das Eis ab. Dann geht die Zusammenarbeit unten los.“ Ohne Sozialdemokraten, meinte er, käme die SED nicht weiter und sie könne „die Dinge nicht lösen“.⁸

Das Bild der SED von der SPD und die Politik der Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten waren ständigem Wandel unterworfen, der sowohl mit pragmatisch-vernünftigen Veränderungen als auch mit konfrontativen „Rückfällen“ verbunden war. Die Entwicklung wurde vorrangig durch politische Aufgaben und Ziele kommunistischer Politik bestimmt, aber auch durch verschiedenartige Interaktionen und natürlich durch das Verhalten der SPD gegenüber Moskauer und Ost-Berliner Forderungen und Wünschen. Eine notwendige Periodisierung der Einflußnahme der SED auf die Entwicklung in der SPD wird weniger von bestimmten ideologischen Prinzipien auszugehen haben als von konkreten politischen Prozessen, die das Feindbild „Sozialdemokratie“ bestimmten bzw. beeinflussten. Das trifft sowohl für die Analyse langfristiger Korrekturen im Verhalten der SED gegenüber den Sozialdemokraten – etwa in der Zeit von 1956 bis 1960 – als auch für die Herausarbeitung der Ursachen

für kurzfristige Veränderungen zu. So entstand z. B. im Frühjahr 1955 relativ plötzlich die Notwendigkeit, den konfrontativen Ton gegenüber der SPD zu mäßigen und „kameradschaftliche“ Kooperationsangebote zu offerieren, weil die „Paulskirchenbewegung“ unter Leitung der SPD der Politik der östlichen Seite zur Verhinderung des NATO-Beitritts der Bundesrepublik entgegenkam. Letztendlich bestimmten aktuelle Politik und die Position der SPD zu konkreten Fragen deutscher und internationaler Entwicklung, ob die SPD in der Terminologie der SED zu einer revisionistischen, bürgerlichen, proimperialistischen Partei oder zur „bürgerlichen Arbeiterpartei mit imperialistischem Programm, mit imperialistischer Praxis und imperialistischer Führung“⁹ geriet oder gar zur Partei des „nationalen Verrats“ stilisiert wurde. Da diese pejorativen Bezeichnungen Kampfbegriffe des Kalten Krieges waren, wurden sie in der Regel dann martialisch zugespitzt, wenn der Ost-West-Konflikt besonders frostig war, durchgängig aber in der hochstalinistischen Zeit von 1948 bis 1953/54. Für die Kennzeichnung des beiderseitigen Verhältnisses sind derartige Vokabularien unverzichtbar; sie spielten jedoch bei der Gestaltung konkreter Politik keine entscheidende Rolle.

Die Politik der deutschen Kommunisten war an verschiedene Interaktionen und politische Ereignisse gebunden, die häufig nicht berechenbar waren. Das verstärkte eine bestimmte Eigendynamik der kommunistischen SPD-Politik und auch chaotische Züge, die durch ein weitgehendes Fehlen von speziellen Rückkopplungsmechanismen mitbedingt wurden. In der Regel reagierten Parteivorstand und Gliederungen der SPD auf Vorschläge der SED nicht. Das Politbüro erhielt oft keine Informationen über die Resonanz ihrer SPD-Politik. So verstärkte sie mit hohem materiellen und personellen Aufwand Aktionen, die ins Leere liefen, die einen Kreislauf in Gang hielten und erweiterten, der letztendlich sich selbst genügte. Ein System der Selbstregulation fehlte. Es mangelte vor allem an Indikatoren für die Wirksamkeit kommunistischer SPD-Arbeit. Das Politbüro konnte freilich zumindest bis Mitte der sechziger Jahre von einer Ablehnung seiner routinierten Offerten an die SPD ausgehen. Das ermöglichte ihm, den Sozialdemokraten vor allem aus propagandistischen Gründen alle nur denkbaren Vorschläge zu unterbreiten. Die SED geriet nur aus dem Konzept, wenn die Gegenseite wider Erwarten auf die Vorstöße einging. Doch war dieses Risiko sehr begrenzt.

Die ideologischen und politischen Gegensätze zwischen der SED und der SPD kennzeichneten das Verhältnis zwischen den beiden Parteien als Konkurrenzbezie-

⁹ Vgl. Redestextogramm der Westkommission, undatiert, offenbar Januar 1961, in: ebd., IV 2/1002/5, Bl. 118.

⁵ Vgl. Stellungnahme der Westkommission zu den Vorschlägen der SPD, 15. März 1959, in: ebd., IV 2/1002/124.

⁶ Papier „Zum Deutschlandplan der SPD“, undatiert, offenbar Anfang April 1959, in: ebd., IV 2/1002/124. Der Verfasser ist wahrscheinlich Hermann Matern.

⁷ Rede des Genossen Ponomarjow auf der Beratung mit Genossen und Funktionären der KPd, 29. Januar 1963, in: ebd., IV 2/1003/18.

⁸ Stenographische Mitschrift der 2. Sitzung des ZK der KPd am 20./21. Oktober. 1956, in: ebd., IV 2/1003/28.

hung. Diese wurde wesentlich durch den deutschen Sonderkonflikt determiniert, dessen Teil sie war. Diese Konkurrenzbeziehung bezog auch die Auseinandersetzung mit den Kommunisten in der Bundesrepublik ein. Dabei interessiert die Frage nach der instrumentellen Funktion der KPD, später der DKP als Hilfsorgane der SED mehr als das Problem ihrer politischen Wirksamkeit in der Bundesrepublik. Der KPD fiel im Konzept der SED die Rolle eines Exekutors von Parteibeschlüssen in der Bundesrepublik zu. Insbesondere war ihr die „Bearbeitung“ der Sozialdemokratie übertragen worden. Die stalinistische KPD betrachtete die SPD faktisch als „Gegnerin“. Trotz plakativer Ost-Berliner Ermahnungen, die sozialdemokratischen „Klassenbrüder“ von der „rechten“ Führung zu unterscheiden und sich mit den „fortschrittlichen“ Kräften in der SPD zu verbünden, verfielen die Mitglieder und Funktionäre der KPD immer wieder in – so der Vorwurf aus der DDR – „Sektierertum“. Sie entlarvten die „rechte“ SPD-Führung nicht und arbeiteten mit der SPD-Basis nicht zusammen. Sie neigten dazu, „in jedem Sozialdemokraten einen kleinen Schumacher zu sehen“, meldete man dem Politbüro. Das „Sektierertum“ sei derart stark, „daß es als das größte Hemmnis in der Entfaltung unserer Massenpolitik und bei der Entwicklung von Kämpfen in den Betrieben anzusehen ist.“¹⁰ Die Abneigung der KPD, mit Sozialdemokraten zu sprechen, kombinierte sich freilich mit der Aversion der SPD gegen die westdeutschen Kommunisten, hinter denen man zu Recht die Interessen der SED und das Wirken der Sowjetunion sah. Die Verbindung vor allem dieser Faktoren führte zu einer weitgehenden Insuffizienz der Arbeit der KPD in der SPD und in den Gewerkschaften. So war die SED, insbesondere nach dem Verbot der KPD im Jahre 1956, gezwungen, die auf die SPD gerichtete Tätigkeit noch stärker zentral von Ost-Berlin aus anzuleiten und zu kontrollieren. Das geschah in hohem Maße durch hauptamtliche Instruktoren und eine große Anzahl von „nebenberuflichen“ Emissären, die sich auf bestimmte Anlaufpunkte in der Bundesrepublik stützten. Die Beeinflussung der SPD verlief seit 1950 zunehmend verdeckt. Dabei vermischten sich Notwendigkeiten, die sich aus bundesdeutschen Maßnahmen zur Abwehr ostdeutscher Infiltration ergaben, mit „bolschewistischer“ Konspiration in der Tradition kommunistischer Berufsrevolutionäre. Die Westkommission beim Politbüro der SED bzw. das mit der Anleitung und Kontrolle der Arbeit mit der Sozialdemokratie beauftragte „Arbeitsbüro“ kam in den Besitz umfangreicher interner vertraulicher Materialien der SPD.¹¹ Freilich erhielt die Konspiration in den Beziehungen zu oppositionellen Kräften eine

¹⁰ Information Nr. 3 für alle Mitglieder und Kandidaten des Politbüros und die Mitglieder des Sekretariats, 30. Juli 1952, in: ebd., NY 4090/656, Bl. 30.

¹¹ Vgl. entsprechende Materialsammlungen u. a., in: ebd., DY 30, IV 2/1002/80.

besondere Ausformung auch dadurch, daß viele derjenigen, die mit der SED irgendwie ins Gespräch kommen wollten, ihre Ostkontakte aus Angst vor persönlichen Nachteilen verbargen und sie manchmal auch bewußt tarnten.¹² Tatsächlich zwangen die restriktive Handhabung von Verordnungen über den Umgang mit Parteien und Organisationen der DDR und das 1951 eingeführte politische Strafrecht zu einem diskreten Handeln. Diese Tendenz zur Geheimhaltung wurde durch die Weigerung der SPD, mit der SED offizielle Beziehungen anzubahnen, noch verstärkt. Denn notwendige Absprachen z. B. über die Freilassung in der DDR inhaftierter Sozialdemokraten wurden unter Einschluß von Mittelsmännern, u. a. englischen Labour-Abgeordneten, getroffen.¹³ Gerade bei der Planung und Durchführung von Aktionen der internen sozialdemokratischen Opposition gebot das Politbüro der SED den Kommunisten größte Zurückhaltung. Keinesfalls dürften sie als solche in Erscheinung treten.¹⁴ Überdies wurden die Verantwortlichen für die politische Arbeit gegenüber der SPD immer wieder ermahnt, sich bei der Abfassung von Broschüren und Flugblättern einer Sprache zu bedienen, „wie sie in sozialdemokratischen Materialien üblich ist.“¹⁵ Im Vordergrund stand immer das Ziel einer politischen „Unterwanderung“ der SPD, die eben als solche nicht erkennbar sein durfte. Das betraf in hohem Maße auch das Problem einer kommunistischen Initiative bzw. Mitwirkung bei Streiks und Massendemonstrationen und bei der Einschleusung von SED-Kadern in sozialdemokratische Gremien und Organisationen. Die „infiltrative“ Ebene der Auseinandersetzung mit der SPD wurde durch eine offiziell-propagandistische ergänzt. Nach 1950 wuchs der Umfang der SPD-Arbeit der SED kontinuierlich, jedoch nicht gleichmäßig an. Damit vergrößerte sich der spezifische Apparat und die Tendenz zur Bürokratisierung dieser Art von politischer Tätigkeit.

II. Ziele und Formen der Schaffung einer parteiinternen Opposition in der SPD

Die SED verfügte nach 1949 über ein Instrumentarium zur Beeinflussung der deutschen Sozialdemokratie, das in vielem bereits vor der doppelten deutschen Staatsgründung entwickelt worden war. Entsprechende Formen und Methoden waren zwar

¹² Westkommission: „Zur Information für Genossen Ebert“, 2. Juni 1957, in: ebd., IV 2/1002/152, Bl. 11.

¹³ Vgl. stenographische Mitschrift der 2. Sitzung des ZK der KPD am 20./21. Oktober 1956, in: ebd., IV 2/1003/28.

¹⁴ Vgl. Beschluß des Politbüros, Protokoll 4/56, 24. Januar 1956, in: ebd., I IV 2/2/458, Bl. 3.

¹⁵ „Einige Bemerkungen zum Entwurf der Broschüre: Braucht ein Arbeiter eine Weltanschauung?“, 15. Mai 1962, in: ebd., IV 2/1002/58, Bl. 55.

in ihrer Wichtigkeit höchst ungleich, bildeten aber über viele Jahre im wesentlichen Konstanten. Die Prioritäten ihrer Anwendung wurden von den aktuellen Zielen und Bedürfnissen der Politik der SED bestimmt. Einmal traten die einen, ein anderes Mal andere Formen der Einflußnahme in den Vordergrund. Häufig wurden verschiedenartige Formen und Methoden miteinander kombiniert.

Die Differenzierung innerhalb der SPD-Basis und deren Distanzierung von ihrer Führung bildeten sowohl eine generelle Methode als auch ein Ziel der Politik der SED. Letztendlich ging es dem SED-Politbüro um eine Beeinflussung des politischen Kurses der SPD durch Druck, den die Basis der Partei auf die „rechte“ Führung ausüben sollte. Hielt sie dem Druck stand, sah das Konzept abgestufte Aktionen der Parteimitglieder gegen die Führung, deren Disziplinierung durch den Mehrheitswillen und letztendlich deren Isolierung und politische Beseitigung vor. Diese Konzeption beruhte zum einen auf der spekulativen Annahme eines generellen Interessengegensatzes von Führung und Basismehrheit sowie zum anderen auf der Konstruktion von parteiinternen „Idealtypen“. So wurde – wie schon angedeutet – die „rechte“, „revisionistische bis proimperialistische, verräterische“ Führung den ehrlichen und bewußten Mitgliedern „objektiv unversöhnlich“ gegenüber gestellt, die, im gleichen Maße „objektiv“, die Klassenbrüder und natürlichen Verbündeten der SED seien. Die SED betrachtete es als eine politische Aufgabe von historischer Dimension, den „einfachen“ SPD-Mitgliedern diese Widersprüche und den Weg zu deren Überwindung bewußt zu machen.

Ein wichtiges Ziel sah die SED in der Schaffung einer allgemeinen parteiinternen Opposition gegen den „rechten“ Kurs der sozialdemokratischen Führer. Diese Opposition wurde stets konkret definiert: Sie entstehe in der Internen Auseinandersetzung um die Fragen Remilitarisierung und Westintegration der Bundesrepublik, Atomrüstung der Bundeswehr, Notstandsgesetzgebung und anderes mehr. Gleichzeitig benannte die SED die relativ konstanten Hauptmerkmale der Schwäche der parteiinternen Opposition: Sie wachse zwar schnell und ständig, sei jedoch „zersplittert und nicht zielbewußt“, hieß es z. B. 1952 im Fall der Internen Diskussion um die Wiederbewaffnung. Bei den Opponenten des Parteilvorstandes herrsche „Verwirrung in der nationalen Frage“, es gebe schädliche „kosmopolitische und pazifistische Gruppierungen“, und Teile würden bürgerlichen Gruppierungen und Argumenten folgen.¹⁶

¹⁶ „Einige Schlußfolgerungen über den Kampf um die Aktionsseinheit aus den Instrukteurberichten“, 15. Mai 1952, in: ebd., NY 4090/656, Bl. 87f.

Die Schaffung einer breiten Opposition war von Anfang an mit der Frage verbunden, in welchem Maße dafür in der SPD überhaupt ein Potential existierte. Während es die SED-Führung auf der Basis von falschen Lageeinschätzungen und ungesicherten Annahmen, die dem eigenen Wunschenken entsprachen, im Prinzip hoch veranschlagte, war es doch in Wahrheit außerordentlich klein. Hätte das Politbüro die in der Regel zwar unscharfen, aber insgesamt doch realitätsnahen Berichte ihrer Instrukteure und Vertrauensleute „vor Ort“ unvoreingenommen analysiert, so hätte sich deren kritische Sicht und ein entsprechendes Problembewußtsein in den allgemeinen Feststellungen und Schlußfolgerungen der Parteiführung wiederfinden müssen. Statt dessen ließen sie zeitweilig den Eindruck entstehen, als bestünde in der Bundesrepublik noch eine zweite SPD mit inneren Bedingungen, die für die SED günstig wären. Verschiedene Strategiepapiere und politische Entscheidungen führen zu der Frage, ob die Ost-Berliner Parteiführung die tatsächliche Situation in der SPD nicht sah, nicht sehen durfte oder nicht sehen wollte. Das reichhaltige Material und die umfassenden Informationen, die ihr zur Verfügung standen, lassen darauf schließen, daß sie bewußt an der Realität vorbeisah.

Diese unsinnig erscheinende Herangehensweise besaß jedoch eine eigene Logik. Denn zum einen ließ sich die politische Aufgabe der Differenzierung der SPD nur marxistisch-leninistisch, also ideologisch determinieren und begründen. Wich die Realität von der Lehre ab, mußte sich die Wirklichkeit der leninistischen Theorie anpassen, und nicht umgekehrt. Schließlich bestimmte der Marxismus-Leninismus nicht nur das Ziel, sondern aufgrund der ihm in den Augen der kommunistischen Führer innewohnenden Wahrheit und Wissenschaftlichkeit auch den zu beschreitenden, unfehlbar richtigen Weg. So spielte die Realität in dieser Beziehung eigentlich eine untergeordnete Rolle. Entscheidend schien, daß sie im Sinne der vorgegebenen Ziele veränderbar war und ein Erfolg „gesetzmäßig“ eintreten mußte, wenn man sich nur konsequent der richtigen Lehre bediente. Mißerfolge waren demnach nicht das Ergebnis von Fehlbewertungen der Realität, sondern in erster Linie die Quittung für Verstöße gegen leninistische Leitsätze und Prinzipien.

Zum anderen gründete sich die Rationalität der Schaffung einer internen SPD-Opposition sowohl auf die Notwendigkeiten der eigenen „gesamtdeutschen“ Arbeit als auch auf die Vorgaben der sowjetischen Deutschlandpolitik. Auch hier stand nicht die Frage im Vordergrund, was möglich ist, sondern was von der Zentrale gewünscht und gefordert wurde. Eine „SPD-gestützte“ östliche Deutschlandpolitik erschien nur als sinnvoll, wenn man davon ausging, daß sie nicht nur legitim und richtig, sondern im Prinzip auch machbar wäre und konkrete Aktionen sowohl die Richtigkeit dieses

Axioms bestätigen müßten als auch tatsächlich zur Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten gegenüber der SPD beitragen. Und schließlich trat noch eine subjektive Dimension spezifischer Rationalität hinzu: Wie wollte die Führung der SED sich und ihre Basis motivieren und ihre Arbeit mit der SPD öffentlich begründen, wenn sie nicht von der Legitimität und der Möglichkeit einer inneren Veränderung der Sozialdemokratie überzeugt war oder doch eine entsprechende Überzeugung nicht glaubhaft machen konnte?

In bestimmten Situationen, z. B. während der SPD-internen Auseinandersetzung um den Kurs gegen die Remilitarisierung und gegen den NATO-Beitritt der Bundesrepublik, besonders aber im Zusammenhang mit dem Godesberger Programm und der Revision der Deutschland- und Sicherheitspolitik der SPD in den Jahren 1959/1960, vergrößerte sich die parteiinterne Opposition bzw. die Unzufriedenheit eines Teiles der Mitgliedschaft mit der vom SPD-Vorstand eingeschlagenen politischen Richtung. Die SED nahm jeden Protest genau wahr und wertete ihn als Ablehnung sozialdemokratischer Politik und der Parteiführung insgesamt. Die zum Teil scharf geführte interne Auseinandersetzung, die zu einer Reihe von Parteiaustritten und -ausschlüssen führte, vergrößerte in der Tat die Möglichkeiten eines Eindringens der SED in die Reihen der SPD, gleichzeitig aber auch das östliche illusionäre Denken. Die Führung der SED sah in den Folgen dieser Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratie und in peripheren Erosionsprozessen, aber auch in sozialdemokratischen Parteireformen eine Bestätigung ihrer Theorie und Praxis, so daß die Perspektive eines nahenden Sturzes der „rechten“ sozialdemokratischen Führung als plausibel galt. Eine Art „Prinzip Hoffnung“, die permanente Erwartung einer großen Wende in der Politik der SPD, bestimmte die politische Haltung der SED wesentlich mit.

Allgemeine Differenzierung der SPD und Konstituierung einer parteiinternen Opposition hieß Schaffung eines abgestuften Programms der SED zur Einflußnahme auf die westdeutsche Sozialdemokratie. Die Propaganda der SED versuchte über ihren Westapparat und die eigens für die Bearbeitung der SPD geschaffenen Strukturen „die sozialdemokratischen Mitglieder und den sozialdemokratischen Organisationen die Impulse und die Perspektive [zu] geben, eine Neuorientierung der SPD für eine Politik des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts durchzusetzen.“ Verschiedene Themen sollten deshalb in die SPD „hineingetragen“ werden“, hieß es in einem Politbürobeschuß vom Juni 1956. Mehrmals nach 1949 ver-

suchte die SED, nicht immer erfolglos, die Gründung von oppositionellen sozialdemokratischen Zeitungen durch „fortschrittliche Sozialdemokraten“, die mit ihrer Partei in irgendeiner Weise in Konflikt geraten waren. Solche faktisch von der SED kontrollierten Zeitungen sollten der von ihr gesteuerten Opposition Stimme verleihen und zur Konstituierung von Gruppen und Stützpunkten nicht-konformer Tätigkeit beitragen. Das Politbüro wies z. B. Anfang 1955 an, „dafür Sorge zu tragen, daß in jedem [Bundes-]Lande eine Gruppe linker fortschrittlicher Sozialdemokraten aufgebaut wird.“¹⁸ Diese Gruppen bildeten eine gewisse Struktur der SPD-Arbeit in der Bundesrepublik aus, waren aber als Ansprechpartner der SED und Anlaufpunkte für deren Emissäre in der Regel weder stabil noch dauerhaft.

1. Plattformen

Ein Schritt zur Institutionalisierung der innerparteilichen Opposition stellten die nach 1949 wiederholten Versuche dar, in der SPD „Plattformen“ als ideologische und politische Basis für vom Parteikurs abweichendes Verhalten und dessen linke Träger zu schaffen. So beschloß das Politbüro im Spätsommer 1957 etwa, daß auf einer für den Oktober einzuberufenden Konferenz mit sozialdemokratischen Funktionären eine prinzipielle Plattform beschlossen werden solle.¹⁹ Die Regie sah vor, daß die illegale KPD an eine „Gruppe von Sozialdemokraten“ mit dem Ersuchen herantreten sollte, ein Dokument zur „Sammlung der Linken in der SPD“ auszuarbeiten.²⁰ Diese Verfahrensweise war lediglich formal, denn das Schriftstück wurde wie die meisten „Willenskundgebungen“ einer tatsächlichen oder vermeintlichen Opposition innerhalb der SPD in Ost-Berlin produziert.²¹ Plattformen spiegelten die Forderungen der Sowjetunion und des SED-Politbüros oft in „Reinkultur“ wider. Sie wurden dreist als die Position einer imaginären Opposition in der SPD ausgegeben; selten flossen wirklich Anmerkungen linker Sozialdemokraten in die Texte ein.²² Die Entstehung solcher Plattformen war auch formal vorbestimmt: Das Politbüro beauftragte die Westkommission oder das mit SPD-Fragen beschäftigte „Arbeitsbüro“ mit der Ausarbeitung.

¹⁸ Beschluß des Politbüros, Protokoll 2/55, 11. Januar 1955, in: ebd., J IV 2/2/399, Bl. 2f.

¹⁹ Vgl. Beschluß des Politbüros, Protokoll 40/57, 24. September 1957, in: ebd., J IV 2/2/560, Bl. 2.

²⁰ Vgl. Papier der KPD, Anlage zum Arbeitsprotokoll 52/58, Sitzung des Politbüros am 20. Dezember 1958, in: ebd., J IV 2/2A/671.

²¹ Vgl. dazu die Plattform: „Vorschläge für ein Alternativ-Programm oppositioneller Sozialdemokraten“, 2. März 1958, in: ebd. IV 2/1002/99, Bl. 32-35.

²² Vgl. Hausmitteilung der Westkommission (Geggel) an Albert Norden, 29. November 1960, in: ebd., IV 2/2028/26.

¹⁷ „Vorbereitung des Parteitages der SPD durch die SED“, Anlage 8 zum Protokoll 26/56, Sitzung des Politbüros am 5. Juni 1956, in: ebd., DY 30, J IV 2/2/280, Bl. 43.

Das geschah zumeist in Form einer speziellen Direktive. Das angesprochene Gremium erarbeitete dann eine inhaltliche Vorlage, die dem Politbüro zur Begutachtung und Beschlußfassung vorgelegt wurde. Häufig wurden dann Änderungsvorschläge und Korrekturen von Ulbricht und anderen Politbüromitgliedern eingearbeitet.²³ Die Schlußredaktion übernahmen führende Funktionäre des Westapparates der SED, wobei der Ideologe Albert Norden eine herausragende Rolle spielte.²⁴

Plattformen waren für Inhalt und Geist der Dokumente, die angeblich den Willen der Opposition in der SPD widerspiegelten, prototypisch. Die eigenen Ziele wurden als ureigenes Anliegen „aufrechter Genossen“ in der SPD ausgegeben, und die Feindschaft des Politbüros gegenüber dem SPD-Parteivorstand wurde zum internen sozialdemokratischen Unwillen stilisiert. Imaginäre Sozialdemokraten wandten sich mit ihnen untergeschobenen Fragen an die SPD: „Sollten uns nicht die Arbeiter, die schaffenden Menschen der DDR näher stehen als die Adenauer, Strauß, Speidel und Globke?“, wurde z. B. im Oktober 1960 gefragt, wobei man durchaus in der Sozialdemokratie gegenüber den Genannten vorhandene Aversionen aufgriff.²⁵ Die Schöpfer derartiger „Meinungsäußerungen“ berücksichtigten verschiedene Interessen, aktuelle Trends und Stimmungen in der Sozialdemokratie. Sie bedienten sich populärer Forderungen und einer raffinierten gesamtdeutschen Demagogie.

Plattformen entstanden in der Regel im Zusammenhang mit wichtigen politischen Themen, die die SED aus aktuellen Gründen in die Sozialdemokratie hineinragen wollte, und auf der Basis von Vorgaben der sowjetischen Deutschlandpolitik. Sie entstanden häufig ad hoc, in anderen Fällen aber auch im Vorfeld von SPD-Parteitag, auf denen linke Sozialdemokraten mit „ihren“ Plattformen auftreten sollten.

2. Arbeitsgemeinschaften

Eine „höhere“ Stufe von außen gesteuert linker Opposition in der SPD stellten insbesondere in den fünfziger Jahren „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaften“ dar. Derartige „Arbeitsgemeinschaften“ und „Arbeitskreise“ sollten organisatorische „Zentren der sozialdemokratischen Opposition“ bilden. Die von der SED geschaffenen „Arbeitsgemeinschaften“ bzw. „Arbeitskreise“ entstanden ebenfalls im Umfeld ostdeutscher und sowjetischer politischer Aufgabenstellungen und Kampagnen, z. B.

²³ Vgl. *Vorlage der Westkommission für das Politbüro*, 24. Oktober 1960, in: ebd.

²⁴ Vgl. „Für eine sozialdemokratische Politik“, Anlage 3 zum Protokoll 50/60, Sitzung des Politbüros am 25. Oktober 1960, in: ebd., J IV 2/2/731, Bl. 3.

²⁵ Ebd., Bl. 68.

gegen den Abschluß und die Ratifizierung der Pariser Verträge 1954/55. Im Unterschied zu den Plattformen wurden sie zur „Neuorientierung der Arbeiterbewegung“ jedoch als dauerhafte Gremien geplant und in hohem Maße konspirativ angelegt. Tagungen und Konferenzen im Rahmen der „Arbeitsgemeinschaften“ sollten – wie das Politbüro im April 1955 beschloß – aus Sicherheitsgründen in der DDR stattfinden.²⁶ Eine Besonderheit „sozialdemokratischer Arbeitsgemeinschaften“ bildete die von der SED im Herbst 1949 konzipierte „Sozialdemokratische Aktion“ (SDA). Sie war als umfassende oppositionelle Organisation in der SPD Berlins geplant worden, die auf Grund des alliierten Status der deutschen Metropole noch in einem einheitlichen, gesamtberliner Landesverband agieren konnte. Karl Schirdewan hatte den Aufbau und die verdeckte Leitung der SDA übernommen. Zu ihrem Hauptziel wurde die Herstellung der Einheitsfront bzw. der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und ihrer Parteien in Berlin und in beiden deutschen Staaten erklärt. Damit war die in sich widersprüchliche innere Doppelfunktion der internen Opposition – Herstellen der Aktionseinheit bei gleichzeitigem Kampf gegen die „rechten sozialdemokratischen Führer“ festgeschrieben.²⁷ Doch scheiterte auch das „Modell“ SDA an der Resistenz der sozialdemokratischen Basis.

3. Die Frage einer linken sozialdemokratischen Oppositionspartei

Die Konstituierung oppositioneller Plattformen, Arbeitsgemeinschaften und Zirkel diente zwar dem Ziel der Differenzierung verschiedener Kräfte in der SPD, stellte aber weder die organisatorische Einheit dieser Partei noch den Charakter dieser Gruppen als der SPD inhärente Formen der Opposition in Frage. Dennoch wurde insbesondere 1949, aber dann auch in den fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre im SED-Politbüro über eine auch organisatorische Spaltung der SPD nachgedacht und die Gründung einer Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USP) diskutiert. Ein derartiger Schritt war von der SED als äußerste Maßnahme gegen den „rechten“ Kurs der SPD für den Fall erwogen worden, daß sich alle anderen Instrumente zur Beeinflussung der westdeutschen Sozialdemokratie als unwirksam erweisen sollten. Die Haltung Ulbrichts war 1949 ambivalent: Er würde der Schaffung einer solchen Partei, würde sie von SPD-Linken initiiert werden, zwar nicht im Wege stehen, sie aber nicht forcieren, erklärte er intern. Eine USP „dürfe unter keinem Preis unter trotz-

²⁶ Vgl. „Beschlüsse zur Auswertung der Beratung mit sozialdemokratischen Mitgliedern und Funktionären“, Anlage 1 zum Protokoll 17/35, Sitzung des Politbüros am 5. April 1955, in: ebd., J IV 2/2/406, Bl. 6.

²⁷ Beschluß des Politbüros, Protokoll 16/50, 31. Oktober 1950, Anlage 2, in: ebd., J IV 2/4/48, Bl. 39f.

kistischen [hier linkssektiererisch-antimarxistischen] Einfluß kommen.“ Ziel könne nur sein, mit den linken Sozialdemokraten später eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden, „anders werden wir mit den Sozialdemokraten nicht fertig.“²⁸

In Perioden, in der die Führung der SED aus taktischen Gründen eine Entspannung im Verhältnis zur sozialdemokratischen Führung suchte – etwa in der Zeit von 1956 bis 1959/60 – lehnte sie die Gründung einer linken sozialdemokratischen Partei ab, „weil sie nur die Aktivierung der sozialdemokratischen Arbeiter für den Kampf um den Frieden erschweren würde. Unter den gegenwärtigen Bedingungen, angesichts der ideologischen Unklarheiten, würde eine solche Partei der oppositionellen Sozialdemokraten leicht in die Hände von Agenten des Klassenfeindes geraten“²⁹, hieß es im Februar 1958. Linke Sozialdemokraten, die eine solche Konkurrenzgründung dennoch erwogen, sollten sich besser der Arbeit an einer Plattform zuwenden, befand die SED. In dieser Orientierung wurde der ideologische Unterschied zwischen Plattform und „Separatpartei“ sichtbar. Die Plattform ging pragmatisch von den „aktuellen Fragen des Kampfes“ aus, dessen Lösung die SED interessierte, und die Gründung einer „Linkspartei“ von unerwünschten prinzipiellen Überlegungen. „Weg von Grundsatzdiskussionen“, lautete daher die Forderung der SED-Führung.³⁰ Dahinter stand immer die Befürchtung, daß eine linke, von Ost-Berlin nicht kontrollierbare Partei und deren westdeutsche Initiatoren ein eigenes Konzept entwickelten, das kommunistischen Interessen zuwiderlief. So polemisierte die SED im Oktober 1960 gegen den „Zentralausschuß ausgeschlossener und ausgetretener Sozialdemokraten“, dessen Gründer (u. a. Viktor Agartz und Gerhard Gleissberg) im Gegensatz zu den Wünschen der SED alternative Vorstellungen äußerten, sich – wie von der SED kritisiert wurde – die Führung aller linken Kräfte anmaßten und überdies eine Parteigründung erwogen.³¹ Gleichzeitig wurde das Fehlen eines „ideologischen und organisatorischen Zentrums der Opposition [in der SPD]“ beklagt. Da das unter den von der SED gestellten Bedingungen nicht entstehen konnte, verlegte sich die Parteiführung auf eine verstärkte Einflußnahme auf Funktionäre innerhalb der SPD und der Gewerkschaften.³² Doch gerade hier blieben nennenswerte Erfolge aus. Das führte immer

wieder zu Neuauflagen der internen Diskussion über die Frage einer linken Parteigründung. Die Führung der illegalen KPD befürwortete sie, weil an entsprechenden Planungen wichtige Gewerkschaftsfunktionäre beteiligt seien, wie Max Reimann im Dezember 1960 Ulbricht übermittelte.³³ Doch entschied das Politbüro, „daß es in der gegenwärtigen Periode falsch sei, eine neue marxistische Partei zu gründen.“³⁴ Es sei nicht sinnvoll, erläuterte die Westkommission, daß Sozialdemokraten „tropfenweise aus der SPD austreten [...]“. Wenn die Bildung einer linkssozialdemokratischen Partei akut wird, müßte eine große Austrittsbewegung aus der SPD organisiert werden.³⁵ Letztlich geriet die Prüfung der Voraussetzungen für die Gründung einer solchen Partei vor allem in den Jahren 1960/61 mehr zu einer Auseinandersetzung mit linken sozialdemokratischen Oppositionellen als mit der „rechten“ Führung der SPD.

III. Allgemeine Methoden und Instrumentarien zur Beeinflussung der SPD

Im Laufe von 15 Jahren entwickelten die Führung der SED und ihr Westapparat ein ganzes System von Einflußformen und spezifischen Instrumentarien. Die propagandistische Hauptform blieb die aufwendig geführte, auf die SPD zielende Kampagne. Sie wurde vor allem dann geführt, wenn wichtige Ziele der SED bzw. der Sowjetunion an die SPD-Mitglieder massiv herangetragen werden sollten, wie z. B. die Kampagne zur Unterstützung der SPD im Kampf gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge im Jahre 1955 oder eine Kampagne, die die SPD-Führung zum Festhalten an ihrem Deutschlandplan von 1959³⁶ zwingen sollte. Kampagnen, die häufig Politiker der SPD in den Mittelpunkt stellten, führten zur Konzentration des gesamten Apparats der SED sowie ihrer Bündnispartner in der DDR und in der Bundesrepublik auf die gestellte Aufgabe. Konkrete Vorbereitung und Durchführung erhielten den Charakter einer „Haupt- und Staatsaktion“. Beteiligt waren Presse und elektronische Medien der DDR und vor allem ein Pulk kurzfristig mobilisierter Instrukteure und Delegationsreisender. Die Kampagne mobilisierte die Parteigänger der SED im Westen und ließ

²⁸ Wortprotokoll der Sitzung des Politbüros, 19., 20. und 22. August 1949, Ausführung Ulbrichts, in: ebd., I IV 2/2/39, Bl. 36.

²⁹ Vorlage der Westkommission an das Politbüro: „Grundlinie unseres Auftretens in der Vorbereitung des Parteitages der SPD“, 20. Februar 1958, in: ebd., IV 2/1002/91, Bl. 178. Das Papier stammte von Friedrich Ebert.

³⁰ Ebd., Bl. 185.

³¹ Vgl. Schreiben Max Spangenberg (Westkommission) an Norden, 10. Oktober 1960, in: ebd., IV 2/2028/38.

³² Papier der Westkommission: „Vorschläge zur Arbeit mit der Sozialdemokratie, undatiert [1960], in: ebd., IV 2/1002/124.

³³ Vgl. Schreiben Reimanns an Ulbricht, 13. Dezember 1960, in: ebd., I IV 2/202/120.

³⁴ Referat Nordens vor mit Westarbeit befaßten Parteifunktionären der SED, 6. Januar 1961, in: ebd., IV 2/2028/17.

³⁵ Westkommission: „Bemerkungen zur gegenwärtigen Lage in der westdeutschen Arbeiterbewegung und über die Aufgaben nach den Bundestagswahlen“, 15. September 1961, in: ebd., IV 2/2028/22.

³⁶ Vgl. Sitzung des Politbüros, 7. April 1959, Anlage 1 zum Protokoll 16/59, in: ebd., I IV 2/2/640, Bl. 2, und Sitzung des Politbüros, 21. Juli 1959, Protokoll 35/59, in: ebd., I IV 2/2/659, Bl. 2.

die Flut von Flugschriften, Zeitungen, Broschüren und Plakaten, die von der SED permanent in die Bundesrepublik geschleust wurden, anschwellen.

Eine wichtige Form der Beeinflussung von Sozialdemokraten und Gewerkschaftern bildete der von der SED zentral gelenkte *Delegationsverkehr*. Mit der offiziellen Begründung, daß sich Arbeiter aus Ost und West gegenseitig kennenlernen mußten, organisierte die SED Delegationsreisen von ausgesuchten Mitgliedern von SPD und SED, insbesondere von Gewerkschaftern, in beide Richtungen. Ziele stellten in der Regel Großbetriebe, zu denen stabile Kontakte hergestellt wurden, und vor allem die Betriebsräte in westlichen Konzernen dar, die für die „gesamtdeutsche“ Politik der SED gewonnen werden sollten. Die SED wollte in den Betrieben mit einem „Meinungsaustausch“ beginnen, der sich bis an die Spitzen von SED und SPD fortsetzen sollte.³⁷ Damit beabsichtigte das Politbüro sowohl die Durchbrechung des Verbots offizieller Kontakte zur SED durch die Leitungen der SPD als auch eine allmähliche Aufwertung von SED und DDR im Rahmen der Überwindung des Bonner Alleinvertragsanspruchs.

Den Delegationsreisen wurden *Wochenendseminare* für SPD-Mitglieder, „*Urlauberschulungen*“, vor allem aber ein System privater *Besuchsreisen* von SPD-Mitgliedern und Gewerkschaftern zur Seite gestellt. Abgesandte der SED, zumeist Gewerkschafter, suchten in der DDR bereits bekannte bzw. größtenteils von der SED erfaßte Mitglieder und Funktionäre der SPD sowie der Gewerkschaften in ihren Wohnungen auf und luden sie zu Besuchen in die DDR ein. Bei dieser Gelegenheit wurden entsprechende Offerten mit der Agitation für die Politik der SED verbunden. Kamen die Eingeladenen tatsächlich in die DDR, wurden sie systematisch „betreut“, d. h. agitiert und in bezug auf Informationen systematisch „abgeschöpft“.

Höhepunkte der kommunistischen Überzeugungsarbeit bildeten die langfristig vorbereiteten *Beratungen* und *Konferenzen* mit Mitgliedern und Funktionären der SPD in der DDR. Sie fanden auf verschiedenen Organisations- und territorialen Ebenen statt. Zwischen 1954 und 1958 wurden zehn zentrale Beratungen und „*Arbeiterkonferenzen*“ mit über 1.000 sozialdemokratischen Teilnehmern durchgeführt. Für den gleichen Zeitraum meldete die Statistik der SED 14.594 „*Arbeiterdelegationen*“ mit 118.597 Teilnehmern.³⁸ Viele SPD-Mitglieder besuchten die DDR, weil sie von der Notwendigkeit innerdeutscher Kontakte überzeugt waren und ihren Bei-

trag zur Wiedervereinigung Deutschlands leisten wollten. Sie riskierten häufig Unannehmlichkeiten seitens der eigenen Partei und des Staates und setzten sich dem Verdacht aus, Sympathien für die SED-Diktatur zu hegen oder gar deren Helfershelfer zu sein. Der Geist des Kalten Krieges schürte antikomunistische Psychosen und brachte haltlose Verdächtigungen hervor. Eine Reihe von Mitgliedern der SPD kam aber einfach aus Neugierde in die DDR und in der Absicht, sich selbst ein Bild zu machen. Andere wieder ließen sich einladen, weil das einige schöne und überdies kostenlose Urlaubstage im anderen deutschen Staat versprach, dem man nichts anderes abgewinnen wollte als eben einige kleine Vorteile. Das blieb der SED freilich nicht verborgen.

Eine besonders intensive Form der „infiltrativen“ Einflußnahme war die „*individuelle Bearbeitung*“ ganz bestimmter, wichtiger SPD-Funktionäre, die einen hohen Bekanntheitsgrad bzw. Popularität besaßen und in vielen Fällen wichtige Positionen in der SPD oder ihren Gliederungen innehatten. Hier bestand nicht einfach die Absicht, die Betroffenen in stille Befürworter der Politik der SED und der Sowjetunion zu verwandeln; sie sollten sich öffentlich und wirkungsvoll für diese einsetzen und im gleichen Zusammenhang die Politik der „rechten“ SPD-Führer angreifen. Häufig entsandte die SED gute alte Bekannte der anzusprechenden Funktionäre und Politiker, die auf gemeinsame Zeiten und Kämpfe zurückblicken konnten, oder aber Persönlichkeiten, die in Gesellschaft und Kultur der DDR eine prominente Stellung einnahmen. Wie vielen Berichten zu entnehmen ist, kannten die Besucher die politische Einstellung ihrer Ansprechpartner und deren Ärger mit der eigenen Partei, wußten persönliche Aversionen und politische Antipathien auszunutzen, und sie fanden eine Sprache, die bei ihren Gastgebern ankam. In verschiedenen Fällen gelang es der SED, den internen Zwist von Funktionären in der SPD und in den Gewerkschaften sowie politische Dissense zu vertiefen und die Betroffenen – zumeist indirekt – zur Bildung von Plattformen und Arbeitsgemeinschaften zu bewegen. Doch in der Regel nahmen die Parteioppositionellen nicht den von der SED gewünschten Weg. Trotz Offerten und Verlockungen, trotz der Ehren, die ihnen zuteil oder in Aussicht gestellt wurden, nahmen sie eine kritische bis ablehnende Haltung zur SED ein. So erfuhren verschiedene prominente Dissidenten wie Viktor Agartz³⁹, von dem man zunächst wichtige

³⁷ Brief an die Delegierten des Parteitag der SPD in Stuttgart, 16. Mai 1958, Anlage 43 zum Protokoll 21/48, Sitzung des Politbüros am 13. Mai 1958, in: ebd., J IV 2/2/593, Bd. 3, Bl. 585.

³⁸ Vgl. Bericht des ZK der SED an den V. Parteitag der SED, Anlage zum Arbeitsprotokoll 25/58, Sitzung des Politbüros am 6. Juni 1958, in: ebd., J IV 2/2A/635.

³⁹ Victor Agartz (1897-1964), einer der führenden Wirtschaftstheoretiker von DGB und SPD, geriet als Anhänger marxistischer Traditionen nach 1955 zunehmend in Gegensatz zur SPD. Wegen angeblicher verfälschungswidriger Beziehungen zur SED und zum FDGB angeklagt, wurde er 1957 freigesprochen. Die Akten der SED beweisen, daß Agartz ein Kritiker des Regimes in der DDR blieb und zunehmend auf Distanz zur SED ging.

Informationen erhielt⁴⁰, deshalb bald die Ablehnung der SED. Noch Ende 1958 hatte Grotewohl intern erklärt, daß Agartz „vielleicht eine Figur werden kann, wenn man das sehr klug anfaßt [...] und aus ihm eine Fahne macht für alle diese Dinge, die wir entfalten müssen.“⁴¹ Bereits im Herbst 1960 war der Querdenker bei der SED-Führung in Ungnade gefallen.⁴²

Das Ausmaß der „Unterwanderung“ von SPD-Gremien durch eingeschleuste Kommunisten kann nicht genau bestimmt werden. Desgleichen ist nicht klar, in welchem Umfang aus propagandistischen Gründen gezielte Austritte von SED-Sympathisanten aus der SPD von Ost-Berlin angeordnet bzw. initiiert wurden. Indizien liegen allerdings vor.⁴³

Seit Mitte der fünfziger Jahre begann der Westapparat der SED gezielt mit dem Aufbau von „Stützpunkten“ für die kommunistische Tätigkeit in der Sozialdemokratie. Diese im Unterschied zur Kategorie Kontakte in gewisser Weise institutionalisierten und dauerhaften Treffpunkte befanden sich zumeist in den Privatwohnungen oppositioneller linker Sozialdemokraten oder SED-Sympathisanten. Sie wurden ursprünglich als Ort von Aussprachen und Diskussionen genutzt. Stützpunkte bildeten sich, wie es in einem SED-Papier hieß, aus wenigen oder mehreren sozialdemokratischen Genossen, „die ehrlich daran interessiert sind, gemeinsam mit uns systematisch zur Klärung bestimmter politischer und ideologischer Fragen beizutragen.“⁴⁴ Bald gerieten die Stützpunkte zu Anlaufstellen und Treffpunkten für Instrukteure aus der DDR und ihren westdeutschen Verbindungsleuten.

Höhepunkte der Einflußnahme der SED auf die Mitgliedschaft der SPD bildeten zwei Typen von Ereignissen: Zum einen sozialdemokratische Parteitage und zum anderen Bundestagswahlen. SPD-Parteitage gaben zunächst die Kullisse für medienwirksame Appelle und offene Briefe der SED an die Basis und Führung der SPD ab, in denen die deutsche Wiedervereinigung, die gemeinsame historische Verantwortung von SED und SPD, die Einheit der Arbeiterklasse und Friedensgebote pathetisch und plakativ beschworen wurden. Doch ging es der SED vor allem um die Einflußnahme

auf politische Entscheidungen, die der Parteitag zu treffen hatte. In der Regel versuchte die SED, mit Hilfe „aller vorhandenen Verbindungen zur SPD“, wie es im Juni 1954 im Vorfeld des Berliner Parteitags der Sozialdemokraten hieß, zu erreichen, daß dort „mit breiter Unterstützung durch sozialdemokratische Organisationen“ verschiedene von der SED favorisierte Anträge eingebracht würden.⁴⁵ Hier fand die SED über indirekte Wege Einzelpersonen oder Gruppierungen, die einen entsprechenden Antrag stellten, vermutlich ohne zu wissen, daß sie damit dem Politbüro einen Dienst erwiesen. Ein wichtiges Augenmerk legte die SED-Spitze aber auch auf Bezirksdelegierten-Konferenzen der SPD. In deren Vorbereitung schaltete sich häufig auch Ulbricht mit der Forderung zur Ausarbeitung politischer und gesellschaftlicher Konzeptionen für die SPD ein, was Sache der SED sei.⁴⁶

Am massivsten intervenierten die Kommunisten in Bundestagswahlkämpfe. Zuweilen hatte es den Anschein, als bereitete die SED den Wahlkampf besser vor als verschiedene Parteien der Bundesrepublik. Das Ereignis schien geeignet, die eigene Politik darzustellen und im Zuge von Wahlkampagnen den Osten interessierende Themen in die Bundesrepublik und die SPD hineinzutragen. Ob die SED die SPD in Bundestagswahlkämpfen unterstützte, hing auch hier von der Interessenlage von SED und UdSSR und vom Wohlverhalten der Sozialdemokratie ab. Die SED favorisierte freilich die KPD, solange sie legal arbeiten konnte. Im Bundestagswahlkampf 1957 wies das Politbüro an, die SPD auch gegen Widerstände verschiedener KPD-Funktionäre zu unterstützen: „Unsere Taktik gegenüber der SPD wird durch die zentrale Aufgabe bestimmt, der Adenauer-CDU/CSU eine Niederlage beizubringen und eine Wende in der Politik Westdeutschlands einzuleiten“⁴⁷. Die SED ließ sich ihr Interesse am Sieg der SPD Einiges kosten. Sie finanzierte u. a. Flugblätter und Plakataktionen.⁴⁸ Nach dem Godesberger Parteitag der SPD und dem – aus Ost-Berliner Sicht – sicherheits- und bündnispolitischen „Umfallen“ der Sozialdemokraten im Juni 1960 rief das Politbüro allerdings zu einer Stimmabgabe zuungunsten der SPD auf.⁴⁹ Im Wahlkampf 1965 wendete sich das Blatt: Brandt sei für die DDR besser als Erhard, meinte Ulbricht. „Ein Wahlsieg der SPD [...] würde die innenpolitische Lage in Westdeutschland verschärfen. Die Mitglieder der Gewerkschaften und der SPD wür-

⁴⁰ Vgl. „Bericht über meine Reise nach Westdeutschland vom 24.8.-29.1955“, 5. September 1955, in: ebd., IV 2/1002/151, Bl. 48f. Der Berichterstatte war ein namentlich genannter Korrespondent eines DDR-Rundfunksenders.

⁴¹ Wortprotokoll der Sitzung des Politbüros der SED mit dem Politbüro der KPD, 20. Dezember 1958, Anlage zum Protokoll 52/58, 20. Dezember 1958, in: ebd., I IV 2/2/624, Bl. 59.

⁴² Vgl. Schreiben Spangenberg an Norden, 10. Oktober 1960, in: ebd., IV 2/2028/38.

⁴³ Vgl. verschiedene Austrittserklärungen, in: ebd., IV 2/1002/172, Bl. 7ff, Bl. 109.

⁴⁴ Westkommission: „Zur Auswertung des bisherigen Einsatzes von Genossen aus den Betrieben zur Aufnahme von Kontakten mit sozialdemokratischen Genossen und zu den Aufgaben während des Bundestagswahlkampfes“, 1. Juli 1957, in: ebd., IV 2/1002/105, Bl. 413.

⁴⁵ Vgl. Anlage zum Arbeitsprotokoll 8/54, Sitzung des Politbüros am 1. Juni 1954, in: ebd., I IV 2/2A/354.

⁴⁶ Schreiben Hans Rentmeisters (Westkommission) an Norden, 8. Mai 1962, in: ebd., IV 2/1002/8, Bl. 268.

⁴⁷ Sitzung des Politbüros, 2. Juli 1957, Anlage 1 zum Protokoll 27/57, in: ebd., I IV 2/2/547, Bl. 9.

⁴⁸ Vgl. „Nachtrag des Gen. Ebert“, 8. Juli 1957, Anlage zum Arbeitsprotokoll 27/57, 2. Juli 1957, in: ebd., I IV 2/2A/571.

⁴⁹ Vgl. M. Lemke: Eine neue Konzeption? Die SED im Umgang mit der SPD 1956-1960, in: J. Kocka (Hg.): Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 377.

den ihre Forderungen stellen. Wir versuchen, in diesem Sinne auf die Lage in Westdeutschland einzuwirken.“⁵⁰ Im Wahljahr 1969 favorisierte Ulbricht wieder klar Brandt und die SPD, weil sie bereit waren, Hallsteindoktrin und Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik zugunsten einer Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat zurückzunehmen.

Das Politbüro maß dem Bundestag, wie überhaupt dem westdeutschen Parlamentarismus, hohen Stellenwert bei. Vor allem seit Ende der fünfziger Jahre versuchte es, auf das Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion im Bundestag Einfluß zu nehmen. Hier handelte es sich vor allem um die auch für die UdSSR wichtigen Entscheidungen in Rüstungsfragen und bei der geplanten Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Nuklearwaffen. Inzwischen hatte sich ein Schema der SED-Einflußnahme auf sozialdemokratische Parlamentarier und Mandatsträger, vor allem auf die sozialdemokratische Bundestagsfraktion herausgebildet: „Es ist darauf hinzuwirken, daß zahlreiche sozialdemokratische Organisationen und Funktionäre sowie Betriebsräte und Vertrauensleute entsprechende Forderungen an den Parteivorstand, an die Bundestagsfraktion und an die einzelnen Abgeordneten richten. Zu diesem Zwecke sind alle vorhandenen Beziehungen zu sozialdemokratischen Genossen, Organisationen und Leitungen sowie zu Betriebsräten und Vertrauensleuten zu nutzen.“⁵¹

Insgesamt blieb der Einfluß der SED auf die SPD und den internen Prozeß der Differenzierung der westdeutschen Sozialdemokratie minimal. Aufwand und Ergebnis des Einsatzes der SED standen in keinem vertretbaren Verhältnis zueinander. Ein Erfolg blieb nicht aus Mangel an durchdachten und in vielem erprobten Methoden und Instrumentarien der Einflußnahme aus, sondern vor allem deshalb, weil die SED den Sozialdemokraten weder ein vernünftiges alternatives Gesellschaftskonzept anzubieten vermochte, noch in der Lage war, den richtigen Eindruck der SPD-Mitgliedschaft zu zerstreuen, daß die ostdeutschen Kommunisten ihre Partei lediglich für die eigenen Zwecke instrumentalisieren und irgendwann nach dem Muster der Einheitspartei gleichschalten wollten. Die allgemeine Ablehnung der Politik der SED resultierte freilich auch aus Kaltem Krieg, deutschem Sonderkonflikt und einem inzwischen in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik tief verwurzelten Antikommunismus.

⁵⁰ „Entwurf einer Konzeption zur Behandlung der politischen Probleme in den Besprechungen mit Genossen Tito“, 3. Juni 1965, in: SAPMO-BArch, DY 30, I IV 2/202/364, Bd. 1.

⁵¹ Papier der Westkommission, undatiert, etwa September/Okttober 1959, in: ebd., IV 2/1002/102, Bl. 125.

IV. Zur Entwicklung personeller SPD-Feindbilder der SED

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen SED und SPD ist auch die Geschichte von Feindbildern. Vor allem aus ideologischen Gründen zeichneten die Kommunisten das Bild von der SPD zeitweilig düsterer als das Konterfei der CDU und ihrer Repräsentanten. Kurt Schumacher, nicht Konrad Adenauer, geriet am Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre zum Hauptfeind der SED. Auch bei der Untersuchung personifizierter Feindbilder gilt die Aussage, daß ideologische Grundmuster zwar eine wichtige Funktion besaßen, vielmehr aber die jeweilige Situation, die Bedürfnisse aktueller Politik und das konkrete Verhalten der SPD-Politiker darüber entschieden, in welchen Farben sie gemalt wurden. Freilich gab es auch andere Kriterien. Der Rang, den der Betreffende in der SPD und in der Öffentlichkeit einnahm, spielte eine Rolle und mit Sicherheit dessen jeweils neueste sowjetische Beurteilung. Auch DDR-interne Faktoren wirkten mit: Wie beurteilte die SED die politische Perspektive eines SPD-Funktionärs und die Möglichkeiten seines Wandels im Sinne kommunistischer Hoffnungen? Von Einfluß waren auch persönliche Sichtweisen und Erfahrungen wichtiger SED-Politiker. Wie sah Ulbricht z. B. Herbert Wehner? Und wie sah Matern ihn?

Eine Periodisierung des SED-Bildes von den Führern der deutschen Sozialdemokratie spiegelt in gewisser Weise wichtige Zäsuren doppelter deutscher Nachkriegsgeschichte wider. Mit den Politikerporträts zu Beginn der fünfziger Jahre – Schumacher, Ollenhauer, Heine u. a. – war die Phase von Wiederbewaffnung und militärischer Westintegration der Bundesrepublik verbunden; der Name Erler assoziierte Wehrdebatten, und mit der Person Wehners war die Frage der sicherheits- und ostpolitischen Umorientierung der SPD verquickt. Die häufig frappierend schnelle und radikale Änderung des Urteils der SED über einen wichtigen Mann der SPD resultierte viel weniger aus dessen tatsächlichen oder vermeintlichen Wandel als aus pragmatischen Überlegungen. Störte er kommunistische „Kreise“, verfiel er einer Art ideologischer Acht; kam er der Politik der SED entgegen, erfuhr er eine wundersame Katharsis und Aufwertung. Ein geradezu „klassisches“ Beispiel dafür liefert das Bild Herbert Wehners. Bis 1955 war er ein „rechter“ SPD-Funktionär unter anderen „Rechten“. Nach 1956 geriet er – weil er zu Kontakten mit der SED bereit schien – zu einem progressiven Politiker, zu einem eher Linken der SPD. „Seine Formulierungen gehen immer bis an die Grenzen des Erlaubten. Offensichtlich hat er Prestigegewinn, während er vor einigen Monaten noch der Gefahr starker innerer Verfeindung und einer starken Isolierung im P[artei-]V[orstand] ausgesetzt war“⁵², berichtete das Arbeits-

⁵² „Zum SPD-Parteitag in München“, Papier des Arbeitsbüros, 8. Juni 1956, in: ebd., IV 2/1002/90, Bl. 4.

büro im Juni 1956. Doch differierten die Meinungen im SED-Politbüro. Während Ulbricht und Grotewohl in Wehner große Hoffnungen setzten⁵³, äußerte Matern: „Wehner ist der Gefährlichste, weil er der Klügste ist.“⁵⁴ Nach dem „Sündenfall“ Wehners und der SPD im Juni 1960 – mit einer großen Rede im Bundestag läutete der SPD-Politiker den Kurs der Unterstützung Adenauerscher Sicherheits- und Integrationspolitik ein – geriet die Symbolfigur dieses Wandels für die SED zum Spalter und Verderber der SPD.⁵⁵ Er wolle die Arbeiterbewegung „auf die Position des [...] imperialistischen Atomkriegs“ bringen⁵⁶; Wehner sei der „Schänder der Sozialdemokratie.“⁵⁷

Interessant ist, daß in verschiedenen Darstellungen der SED eine Art negativer Rangfolge „rechter“ SPD-Politiker entstand, die freilich nicht konstant war. In der ereignisreichen Zeit zwischen der Verabschiedung des Godesberger Programms 1959, das für das Politbüro in der Tat schockierend wirkte,⁵⁸ und 1963/64 erschienen regelmäßig die Namen Brandt, Erler, Wehner, Mommer. Brandt, der in der Perspektive der SED etwa seit 1957 eine negative Aufwertung erfuhr, rangierte fortan immer an erster Stelle, die übrigen teilten sich die „Plätze“. Sie seien aber alle auf die „Position des Militarismus“ übergegangen, stellten eine Riege von „Abenteurern und Karrieristen“ dar, die die Führung der SPD an sich gerissen hätten⁵⁹, befand das Politbüro. Seit dem Frühjahr 1961 sprach die SED von der „Brandt-Mannschaft“ als der „rechten“ imperialistischen Führung der SPD.⁶⁰ Sie sei von revisionistischen zu imperialistischen Positionen übergewechselt und unterscheide sich von den Politikern der CDU/CSU in nichts mehr. Die SPD-Führer nähmen „die Positionen des Finanzkapitals und der Hitlergenerale“ ein, und Brandt fungiere als „Helfershelfer unserer imperialistischen Hauptfeinde. Alle deutschen Imperialisten loben ihn und klatschen seinen Reden gegen die Deutsche Demokratische Republik Beifall.“⁶¹

53 Vgl. Lemke, *Eine neue Konzeption?*, S. 370.

54 Referat Materns in Leipzig-Markkleeberg, 14. September 1958. *Stenographische Niederschrift*, in: SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/1001/138, Bl. 19.

55 Vorlage der Westkommission für das Politbüro: „Konferenz mit sozialdemokratischen Genossen anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse 1962“, in: ebd., IV 2/1002/148, Bl. 255.

56 Diskussionsrede Materns auf der Arbeiterkonferenz in Leipzig, 11. März 1962. *Stenographische Mitschrift*, in: ebd., IV 2/1002/146, Bl. 54.

57 Referat Nordens in Gera, 5. Oktober 1967, in: „Volkswacht“, Gera, 6. Oktober 1967.

58 Vgl. Beschluß des Politbüros, Protokoll 51/59, 17. November 1959, in: SAPMO-BArch, DY 30, J. IV 2/2/675, Bl. 6.

59 Einschätzung des Außerordentlichen Kongresses der SPD am 28. April 1961 in Bonn, Anlage 3 zum Protokoll 21/61, Sitzung des Politbüros am 9. Mai 1961, in: ebd., J IV 2/2/763, Bl. 81, 85.

60 Niederschrift der Aussprache beim Präsidenten der ČSSR, Genossen Novotny, in Prag, 23. Mai 1961, in: ebd., J IV 2/202/360, Bd. 1.

61 Rede Nordens auf einer Großkundgebung in Wien, 18. Oktober 1960, in: ebd., NY 4217/48, Bl. 205.

Zwar wurde die Kritik an Brandt, seit 1964 SPD-Parteivorsitzender und in der Großen Koalition zwischen Dezember 1966 und Oktober 1969 Außenminister, im Verlaufe der zweiten Hälfte der sechziger Jahre abgeschwächt, aber in ihren Grundaussagen nicht zurückgenommen. Ein Wandel setzte erst 1969 ein, als Brandt Bundeskanzler wurde und eine neue Ost- und Deutschlandpolitik einleitete. Doch schwankte das Brandt-Bild der ostdeutschen Führung. Während Ulbricht sich getreu seiner pragmatischen Maximen zur Instrumentalisierung der Sozialdemokratie eindeutig und prononciert für Brandt als echte Alternative zur CDU-Politik aussprach, mißtraute eine Reihe von Politbüromitgliedern dem führenden Sozialdemokraten nach wie vor. Sie stellten die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition in die Kontinuitätslinie der CDU/CSU-Deutschland- und Ostpolitik und sahen keinen Unterschied zwischen der Politik Brandts und der seiner Amtsvorgänger.⁶² Ulbricht widersprach diesen Auffassungen energisch: Wenn gesagt werde, „daß die neue Regierung die Politik der großen Koalition fortführen will, so ist das nicht richtig [...]. Die Niederlage der CDU und die Bildung der SPD/FDP-Regierung ist dieses Neue. Diese Regierung – mit gewissen Änderungen – sollte möglichst lange bestehen. Das entspricht doch unserem Interesse. Wir sind dafür, daß die SPD auf lange Jahre die Führung der Regierung behält [...]. Wir können nicht erwarten, daß die Brandt-Regierung alle unsere Forderungen aufnimmt. Wir knüpfen an das an, was er gesagt hat, und sind bereit, zu verhandeln. Warum sollen wir davon sprechen, daß es keine erkennbare Änderung des Bonner Kurses ist [...]. Was Brandt vorschlägt, ist eine Änderung der Taktik im Verhältnis zur früheren. Brandt hat manches bei uns abgeschrieben und will damit bei uns eindringen. Das kann Wirkung haben. Weil andere sozialistische Länder zurückgeblieben sind, kommt Brandt mit Forderungen, die weitergehen als das, was in diesen Ländern bisher realisiert wurde. Wenn Brandt neue Ostpolitik macht, dann machen wir eine neue Westpolitik, und zwar eine, die sich gewaschen hat. Dabei soll er ins Schwitzen kommen.“⁶³ Ulbricht begrüßte nicht nur den Kurswechsel in Bonn eindeutig als Fortschritt, sondern zeigte sich zu einer flexibleren, neuen Westpolitik der SED bereit. Das implizierte auch einen veränderten Umgang der ostdeutschen Staatspartei mit der SPD und ihren Repräsentanten, die – wie Brandt – für die neue Entwicklung pars pro toto standen. Erst in den siebziger und achtziger Jahren revidierte die SED-Führung um Erich Honecker allmählich ihr Bild von Willy Brandt und der SPD. Aber das ist schon wieder eine andere Geschichte.

62 Vgl. M. Kaiser: *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972*, Berlin 1997, S. 324-332.

63 „Darlegungen des Genossen Walter Ulbricht auf der Sitzung am 30. Oktober 1969 in Dölln“ (*Stenogramm von Wolfgang Berger*), in: SAPMO-BArch, DY 30, J IV 2/202/120.